Ä-K14-616 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg
Beschlussdatum: 09.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 26 einfügen:
In Brandenburg können wir gut und sicher leben. Das bestätigt auch die polizeiliche Kriminalstatistik: Zwar stieg die Zahl der Straftaten im letzten Jahr an, sie bleibt aber weiterhin niedriger als vor der Coronapandemie. Das gleiche gilt für schwere Straftaten wie Körperverletzungen. Wir wollen, dass die Brandenburger*innen auch in Zukunft sicher leben können. Darum müssen wir unsere Sicherheitsbehörden jetzt auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten: Mit genug Personal, guter Ausstattung, fairen Arbeitsbedingungen und Digitalkompetenzen. Immer im Blick behalten wir dabei die Freiheitsrechte aller Bürger*innen. Darum stehen wir klar gegen sinnlose Massenüberwachung und intransparente Sicherheitsbehörden. Gemeinsam schützen wir unsere demokratische und vielfältige Gesellschaft.
Wir stellen uns klar gegen die Aufrüstung von Polizei und Sicherheitsbehörden! Unsere Gesellschaft braucht aufsuchende Hilfsangebote für Menschen in Notlagen und gut ausgebaute Schutzstrukturen für Betroffene von Gewalt durch Mitmenschen und die Polizei. Wir stehen ein für Sicherheitsbehörden, die sich als deeskalierende Akteur*innen verstehen!

Begründung

Erfolgt mündlich.